

**Arbeitnehmerinteressen in Krisenzeiten:  
1929-1973/74-2008ff.**

**Veranstalter:** Friedrich-Ebert-Stiftung; International Conference of Labour and Social History (ITH)

**Datum, Ort:** 15.06.2012-16.06.2012, Berlin

**Bericht von:** Johanna Wolf, Research Academy, Universität Leipzig

Es vergeht heute kein Tag an dem in der medialen, politischen wie wirtschaftlichen Öffentlichkeit nicht das Wort „Krise“ fällt. Genauer betrachtet, beschreibt es die Situation nur sehr vage. Es deutet auf einen Umbruch oder Wandel hin, dessen Ausgang in die dunkle Zukunft reicht. Besonders auffällig ist die hohe moralische und emotionale Aufladung. Was sich aber eigentlich dahinter verbirgt, wird medial und politisch selten hinterfragt. Reinhart Koselleck macht in seiner Analyse der historischen Verwendung des Begriffs deutlich, wie vielschichtig und unspezifisch der Gebrauch dieses Begriffes schon immer war und wie problematisch es sei, ihn durch seine „emotionalen Obertöne“ theoretisch zu fassen.<sup>1</sup> Dieser Problematik wollten sich die Veranstalter/innen der Tagung „Arbeitnehmerinteressen in Krisenzeiten: 1929–1973/74–2008ff.“ nähern. Die Friedrich-Ebert-Stiftung und die International Conference of Labour and Social History (ITH) luden dafür vom 15. bis 16. Juni 2012 nach Berlin ein. Im Vordergrund stand, sich den Krisen des 20. Jahrhunderts historisierend zu nähern. In ihrer Einführung wiesen die Veranstalter MEIK WOYKE und JOHANNES PLATZ (beide Bonn) darauf hin, dass die Vergangenheit zur Beurteilung der gegenwärtigen Situation häufig als Erfahrungsraum herangezogen wird, weshalb es wichtig sei, diese Referenz zu analysieren, gemeinsame Strukturmerkmale zu erkennen, aber auch gezielte Konstruktionen von Pfadabhängigkeiten und Kontinuitäten zu enttarnen. Im Mittelpunkt der Analyse sollten dafür Krisendiskurse des 20. Jahrhunderts aus der Perspektive der Arbeitnehmer/innen stehen und die Frage, ob mit den Krisen eine schwindende Durchsetzungskraft der Arbeitnehmer/innen zu beobachten sei.

Die erste Sektion bot einen Überblick

zur wirtschaftlichen und sozialen Einordnung der Krisen im 20. Jahrhundert. RÜDIGER HACHTMANN (Potsdam) erläuterte die Genese des fordistischen Produktionsregimes von seinen Anfängen bis in die heutige Zeit. Sein Hauptargument bezog sich auf die These vom Ende des Fordismus. Seiner Meinung nach sei sie voreilig und übersehe, dass die Mikroelektronik sowie moderne Informations- und Kommunikationssysteme mit der fordistischen Produktion zusammen liefern. Gerade in den Schwellenländern bildeten sich Produktionsregime heraus, in denen man diese Mischformen beobachten könne. Problematisch sei hier nur, dass man entgegengesetzt der Ideen Henry Fords Abstand vom egalitären Massenkonsum nehme. Der Bezug auf die Schwellenländer zeige, dass die Diskussion zu eng auf eurozentrierte Bezüge fuße und die Situation außerhalb Europas vollkommen ausspare. Hachtmann schlug vor, vom Zeitalter der „postindustriellen Formierung“ zu sprechen.

Im Anschluss sprach ANDREA KOMLOSY (Wien) über die theoretischen Ansätze der „Langen Wellen“, Konjunkturzyklen und Weltsystemtheorie. Dabei ging sie speziell auf die Frage ein, ob Krisen systemimmanente Mechanismen seien oder ob sie die Möglichkeiten böten, das System zu überwinden. Die Weltsystemanalyse habe lange gehofft, dass eine Perpetuierung des Systems möglich sei. Man ging der Annahme nach, dass der Kapitalismus ein historisches Phänomen darstelle, das einen Anfang und ein Ende habe. Doch Komlosy fragte kritisch, wie sich dieses Ende formulieren ließe und ob es zu Ende sei, wenn die Lösungsstrategien nicht mehr griffen.

WERNER ABELSHAUSER (Bielefeld), der kurzfristig für den erkrankten Jürgen Kocka einsprang, ging auf die von Komlosy formulierten Fragen ein. Das System des Kapitalismus habe in keiner der Krisen zur Disposition gestanden. In seinen Augen gehe es für die Forschung darum, die Varianten des Kapitalismus zu betrachten und Inspektions- wie Verwerfungsaspekte herauszuschälen. Ein Inspektionsaspekt sei, dass

<sup>1</sup>Reinhart Koselleck, Krise, in: Otto Brunner / Werner Conze / Reinhart Koselleck (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Studienausgabe, Bd. 3, Stuttgart 2004, S. 617–650.

---

Krisen Probleme zu Tage treten lassen, aber nicht immer dazu führten, die Verhältnisse zu verändern. Abelshauser widersprach den Weiteren den Veranstalter/innen darin, dass Arbeitnehmer/innen häufig als Krisenverlierer hervorgingen. Beziehe man die Krise von 1873 in die Analysen ein, könne man sehen, dass aus dieser Krise starke Gewerkschaften hervorgingen und sich der Sozialstaat durchsetzen konnte. Diese These löste unter den Teilnehmer/innen Diskussionen aus. Es wurde darauf eingegangen, dass die schwierige soziale Situation und die staatlichen Repressionen bestehen geblieben seien und auch korporative Mitbestimmung sich nur in bestimmten Bereichen erkennen ließe, in vielen Industrien sei sie vehement abgelehnt worden.

Der Abend schloss mit einer öffentlichen Podiumsdiskussion, die zum Ziel hatte, das Politische mit dem Historischen in einen Dialog zu bringen. Verkörpert wurde dieser durch WERNER ABELSHAUSER und WERNER MÜLLER (Mühlheim), Vorstandsvorsitzender bei RWE und Bundeswirtschaftsminister a. D. unter der Rot-Grün geführten Regierung. In seinem Impulsreferat erläuterte Müller die gegenwärtige Krisensituation in Europa und die enormen Innovationspotentiale Chinas. Für ihn sei es wichtig, sich mit den sozialen Folgen der zukünftigen Stromkrise für die Arbeitnehmerinteressen zu beschäftigen. Er machte darauf aufmerksam, dass das wirtschaftspolitische Dreieck – Arbeit, Kapital, Natur – zu lasten der Arbeit gehe und nicht mehr ausgeglichen sei. Es sei fraglich, ob die Einhaltung sozialer Standards in Schwellenländern zu einer Lösung des Problems führe. Abelshauser ging vor allem auf die von Müller ins Gespräch gebrachte „asiatische Gefahr“ ein. Seiner Meinung nach sei die Bundesrepublik zwar stark abhängig von weltwirtschaftlichen Entscheidungen, ihr Vorteil sei aber, dass sie konkurrenzlos auf dem Markt sei, was sich vor allem aus dem hervorragenden Ausbildungssystem begründe. Es sei wichtig den Nationalstaat zu stärken, um eine Grundlage zur Handlungsfähigkeit zu bieten. In der anschließenden Diskussion warfen sich die beiden Referenten entsprechend ihrer politischen Ausrichtung die Bälle hin- und her, während die

kritisch, reflektierende Perspektive verloren ging.

Die wurde am zweiten Tag wieder eingenommen. Ein Reiz der Tagung war, dass traditionell historische Ansätze auf neue interdisziplinäre Anregungen trafen. Als besonders gelungenes Beispiel für letzteres ist auf den Vortrag von DAVID RÖMER (Trier, Düsseldorf) zu den sprachlichen Konstruktionen sozial- und wirtschaftspolitischer Krisen in der BRD seit 1973 bis heute zu verweisen. Der Vortrag zeigte, wie Krisendiskurse verhandelt und konstruiert werden, die – wenn nötig – als Rechtfertigung für politische Entscheidungen dienen. Im Rahmen des an der Universität Trier angesiedelten Projektes wurde zur Auswertung des enormen Textkorpus eine Datenbank entwickelt, die kontextspezifische Topoi durch die Analyse habitueller Denk- und Deutungsmuster entschlüsselt. In seinem Vortrag ging Römer auf die verschiedenen Topoi ein, beispielsweise auf den „Topos der düsteren Zukunft“ oder die argumentative Konstruktion durch den Vergleich zur Weltwirtschaftskrise 1929.

Auch KRISTOFFER KLAMMER (Bielefeld) bezog sich in seinem Vortrag auf die diskursiven Strukturen von Krisenkonstruktionen. Seine Ausgangsthese lautete, dass Wirtschaftskrisen nicht allein aus ökonomischen Problemen oder spezifischen Ereignissen resultieren, sondern diskursiv verhandelt werden. Und in diesem Zusammenhang interessierte ihn, welchen Akteuren es gelang, das Deutungsmuster der „Wirtschaftskrise“ zu etablieren. Für 1973 habe sich ein Interpretationswandel herauskristallisiert, in dem die „Krise“ erst nach und nach zu einer solchen „gemacht“ wurde. Klammer stellte fest, dass die Ölpreiskrise zunächst gar nicht als eine geopolitische Gefahrenlage interpretiert wurde. Erst durch die mediale Berichterstattung sei die Situation aufgeheizt worden, weshalb die Politiker in Zugzwang gerieten. Letztendlich habe sich die Krise als Misere und Krise des ökonomischen Wachstums durchgesetzt.

Wie die Diskurse auf Ebene der Arbeiter/innen aussahen, verdeutlichte der Vortrag von LAURE CAREGARI (Luxemburg) über die luxemburgisch-lothringische Region 1974. Der von der Eisenerz- und Kohleindustrie geprägte Raum war in den 1970er-Jahren von

großen Veränderungen geprägt. Interessanterweise wurden diese in den Diskursen der Arbeiterschaft nicht mit dem Begriff „Krise“ verhandelt. In Lothringen sei die Situation nicht als Bruch wahrgenommen worden, vielmehr schien der Rückgang der Industrie eine kontinuierliche Konsequenz zu sein, die sich schon in den 1950er-Jahren anbahnte. Zeitzeugen berichteten von den tatsächlich stattfindenden Ereignissen, wie Streiks oder Übernahmen. In Luxemburg war der Stellenabbau dramatisch. Er sei aber über Sozialmaßnahmen abgefedert worden und habe sich deshalb auch nicht direkt als Existenzangst auf die Arbeiter/innen ausgewirkt.

Die dritte Sektion konzentrierte sich ausschließlich auf die Situation der Arbeitnehmer/innen in Krisen. KARL LAUSCHKE (Dortmund) erläuterte in seinem Vortrag die Frage der Mitbestimmung in den 1970er- und 1980er-Jahren. Er arbeitete verschiedene wissenschaftliche Perspektiven auf die Betriebsratsarbeit in Krisenzeiten heraus und ging der Frage nach, ob der Betriebsrat eine Grenzinstitution sei, da er an der Schnittstelle verschiedener Interessensführer stehe und dadurch von vornherein eine institutionelle Schwäche aufweise. Seiner Meinung nach habe sich die betriebliche Mitbestimmung als stabil erwiesen. Sie habe sich in vielfältiger Form präsentiert, war aber im Endeffekt eine erfolgreiche Institution, weil sie sich in Krisenzeiten als lernfähig erwiesen habe.

ARNE HORDT (Tübingen) beschäftigte sich im Anschluss mit dem britischen Bergarbeiterstreik von 1984/85 und den politischen Auseinandersetzungen dieser Zeit. Hordt betonte wie außerordentlich hoch die Bezüge zu historischen Ereignissen, wie dem Generalstreik von 1926 und dem Zweiten Weltkrieg, waren. Das Ergebnis seiner Analyse war unter anderem, dass die Niederlage des Streiks 1985 in der Labour Party eine politische Wende einleitete, in der sie sich von einer klassenbasierten Arbeiterpartei zu einer Volkspartei neuen Typs entwickelte.

Der Beitrag von ANDREA REHLING beschrieb die Entwicklung des Korporatismus in Deutschland von seinen Anfängen bis zu den 1970er-Jahren. Die Gründung der Zentralarbeitsgemeinschaft 1918 interpretierte Rehling als einen ersten Schritt hin zu ei-

ner kooperativen Institution. Die Errichtung eines solchen Gremiums war aus Perspektive der Gewerkschaften wichtig und vielversprechend, wobei es vor allem um einen Ort der Verhandlung und Durchsetzung der eigenen Meinung gegangen sei. Rehling sprach den Gewerkschaften auch eine Schlüsselrolle im Gestaltungsprozess des demokratischen Wirtschaftssystems nach 1945 zu. Mit der Modernisierung des Konzepts 1957 wurde die Konzertierte Aktion als eine Möglichkeit angedacht und schließlich 1967 in die Tat umgesetzt. Doch mit dem Zusammenbruch von Bretton Woods und dem fehlenden konjunkturpolitischem Werkzeug verlor die Konzertierte Aktion auf Grund nicht vorhandener Handlungsalternativen an Bedeutung. In ihren Schlussfolgerungen stimmte Rehling den Veranstaltern darin zu, dass Krisen für Arbeitnehmer/innen häufig verpasste Chancen gewesen seien.

Im letzten Tagungsabschnitt ging MARCEL BERLINGHOFF (Heidelberg) auf das wechselseitige Verhältnis zwischen Migration und Krise am Beispiel des Anwerbestopps in den 1970er-Jahren ein. Er erklärte die Ölpreiskrise 1973 zur zentralen Zäsur der europäischen Wanderungsgeschichte. Anlass für die Entscheidungen zum Anwerbestopp hätten nicht, wie in der Forschung angenommen, rein nationale Argumente geboten. Die Politik in Westeuropa sei von einer transnationalen Diskussion bestimmt gewesen, in der sich die Entscheidungen gegenseitig beeinflussten, weshalb sogar von einer europäischen Migrationspolitik gesprochen werden könne.

TILL KÖSSLER (Bochum) besprach in seinem Vortrag die Frage, weshalb sich im europäischen Vergleich „der deutsche Arbeiter“ als konsensorientierter Partner in Krisenzeiten festgesetzt habe. Seiner Meinung nach setzte sich dieses Bild als narrative Erfolgsgeschichte durch, die es aber zu problematisieren gelte. Der Korporatismus ergab sich seiner Meinung nach nicht aus der Erkenntnis von Nationalsozialismus und Weltwirtschaftskrise, sondern war eine Folge der Unsicherheit über die mögliche Mobilisierung im Betrieb. Daraus habe sich das „deutsche Modell“ ergeben, dem es darum gegangen sei, die partizipativen Kräfte in den Betrieben eher einzu-

---

grenzen. Dieser These wurde in der Diskussion stark widersprochen. So gebe es Beispiele, wo die Gewerkschaften versuchten, die radikaleren Tendenzen zu integrieren und sie nicht auszugrenzen.

Der letzte Beitrag der Tagung von BERNHARD GOTTO (München) suchte durch einen emotionsgeschichtlichen Ansatz einen anderen Zugang zur Interpretation der 1970er-Jahre. Seine Ausgangsthese lautete, dass es verschiedene Möglichkeiten der Reaktion auf Enttäuschung gebe und dass daraus eine unterschiedliche Interpretation der Ereignisse entstehe. So habe sich die Frage der Mitbestimmung für die Gewerkschaften in den 1970er-Jahren von einem rational verarbeiteten Utopieverlust zu einer neuverhandelten Erwartung zusammen gesetzt, die durch die politischen Umstände schließlich in den Hintergrund geraten sei. Auch dieser Ansatz wurde in der anschließenden Diskussion debattiert. Das Mitbestimmungsgesetz sei ein Erfolg gewesen, da die Betriebsräte in die Aufsichtsräte rückten und sei dadurch zum Zeichen eines neuen Mitbestimmungsgeflechts geworden.

Nimmt man das Hauptanliegen der Veranstalter zum Ausgangspunkt, kann von einem großen Erfolg der Tagung gesprochen werden. In vielen Beiträgen wurden die Referenzen zu vergangenen Krisen sichtbar. Die diskursanalytischen und kulturhistorischen Ansätze legten hierbei die zeitgenössisch-hegemonialen Interpretationen frei und wiesen auf die Konstruiertheit historischer Momente. Der Fokus auf die Interessen der Arbeitnehmer/innen zeigte sich als äußerst ertragreich und es scheint lohnend, die Forschung hier zu intensivieren. Vor allem vergleichende Ansätze könnten in der noch verengten deutschen Perspektive bei der Bewertung und Einordnung der gewerkschaftlichen und betrieblichen Mitbestimmung neue Impulse geben. Die Bedeutung des korporatistischen deutschen Modells scheint wissenschaftlich – wie politisch – noch stark umkämpft. Eine noch viel größere Unsicherheit gibt es allerdings bei der Frage der Periodisierung und Einordnung der 1970er-Jahre. Während sich auf der politischen und medialen Diskursebene die Strukturbruchthese von Raphael und Doering-Manteuffel<sup>2</sup> zu be-

stätigen schien, zeigte sie sich in den erfahrungsgeschichtlichen Zugängen der Arbeitnehmer/innen eher weniger. Ob sich hier verschiedene Ebenen der Interpretation manifestieren werden, muss die zukünftige Forschung zeigen. Auch hier lohnt ein Blick über den deutschen Tellerrand und die Ausweitung des klassischen Lohnarbeitsverhältnisses auf prekäre Arbeitsbeziehungen allgemein. Die angekündigte Veröffentlichung der Tagungsbeiträge wird sicherlich eine Gelegenheit zur weiteren Vertiefung des Forschungsgegenstandes bieten.

### **Konferenzübersicht:**

#### *Begrüßung/ Einführung*

Meik Woyke, Archiv der sozialen Demokratie (Bonn)

Berthold Unfried, International Conference of Labour and Social History (Wien)

Johannes Platz, Archiv der sozialen Demokratie (Bonn)

*Sektion 1: Wirtschafts- und Finanzkrisen in der Forschung – Eine Bestandsaufnahme*  
Moderation: Jürgen Mittag (Köln)

Rüdiger Hachtmann (Potsdam/Berlin):  
Transformation der Produktionsregime durch Krisen? Fordismus 1908–2008

Andrea Komlosy (Wien): „Lange Wellen“,  
Konjunkturzyklen und die Weltsystemtheorie

Werner Abelshausen (Bielefeld) (stellvertretend für Jürgen Kocka):  
Wirtschafts- und Finanzkrisen und die Kritik des Kapitalismus

*Öffentliche Podiumsdiskussion: Politik und Geschichte im Dialog: Arbeitnehmerinteressen in Krisenzeiten. 1929 – 1973/74 – 2008ff.*  
Moderation: Thomas Hanke, Korrespondent des Handelsblatts, Paris

Diskutanten: Werner Abelshausen, Bielefeld

---

<sup>2</sup> Anselm Doering-Manteuffel / Lutz Raphael, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, 2. ergänzt. Aufl., Göttingen 2010; die jüngste Diskussion der Strukturbruch-These von Doering-Manteuffel und Raphael hinsichtlich der (industriellen) Arbeitswelten dokumentiert Knud Andresen / Ursula Bitzegeio / Jürgen Mittag (Hrsg.), Nach dem Strukturbruch? Kontinuität und Wandel von Arbeitswelten, Bonn 2012 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung 2011).

und Werner Müller, Vorstandsvorsitzender bei RWE, Bundeswirtschaftsminister (unter Rot-Grün geführten Regierung) a. D., Mühlheim

*Sektion 2: Krisensemantik und Krisengefühl im diachronen Vergleich*  
Moderation: Johannes Platz (Bonn)

David Römer (Trier / Düsseldorf): Rechtfertigungen und Legitimationen durch „Ölkrise“ und „Finanzkrise“ im öffentlichen Diskurs in diachron vergleichender Perspektive

Kristoffer Klammer (Bielefeld): Vom „Ölpreisschock“ zur „kleinen Weltwirtschaftskrise“ – Zeitdeutungen und Argumentationsweisen im Krisendiskurs 1973–75

Laure Caregari (Luxemburg): Arbeiterdiskurse zur Krise von 1974 im luxemburgisch-lothringischen Vergleich

*Sektion 3: Arbeitnehmer in der Krise – Institutionen, Organisationen und Diskurs*  
Moderation: Meik Woyke (Bonn)

Karl Lauschke (Dortmund): Die Praxis der Mitbestimmung in Zeiten der Krise

Arne Hordt (Tübingen): Der Bergarbeiterstreik 1984–1985, der Generalstreik von 1926 und der Zweite Weltkrieg in Großbritannien. Zur gegenwärtigen Bedeutung historischer Konflikte

Andrea Rehling (Mainz): Zentralarbeitsgemeinschaft, Wirtschaftsrat oder Konzertierte Aktion – Der deutsche Korporatismus in der Krise

*Sektion 4: Krise als Argument – Argumente in der Krise*  
Moderation: Berthold Unfried (Wien)

Marcel Berlinghoff (Heidelberg): Der Einwanderungsstopp-Reflex. Migrationskontrolle als Reaktion auf wirtschaftliche Krisen

Till Kössler (Bochum): Die Weltwirtschaftskrise als Argument in den industriellen Konflikten der frühen Bundesrepublik

Bernhard Gotto (München): Mit Enttäuschungen besser durch die Krise? Der Abschied von der paritätischen Mitbestimmung und der Wandel gewerkschaftlicher Gesellschafts-

politik in den 1970er-Jahren

Schlussdiskussion

Tagungsbericht *Arbeitnehmerinteressen in Krisenzeiten: 1929-1973/74-2008ff.* 15.06.2012-16.06.2012, Berlin, in: H-Soz-u-Kult 05.01.2013.